

15 Jahre Landesamt für Umweltschutz:

## Bestehen wird, wer sich verändern kann



Ministerin Petra Wernicke im Gespräch mit Dr. Udo Kamm (re.), Präsident des Landesamtes für Umweltschutz, und Staatssekretär a. A. Dr. Herbert Spindler. Foto: S. Richter

### Leitlinien von 2001 bestimmen heute die Arbeit der 201 Beschäftigten.

Halle (sr). Die Diagnose des Patienten Sachsen-Anhalt und die Erarbeitung von Therapiemöglichkeiten waren die erste große Herausforderung, die sich das am 1. April 1991 gegründete Landesamt für Umweltschutz (LAU) stellen musste, hob Ministerin Petra Wernicke am Freitag hervor, als sie in einem Vortrag dessen 15-jährige Arbeit würdigte.

„Inzwischen hat sich das LAU als kompetente Fachbehörde mit einem guten Ruf etabliert, die die ökonomischen und vor allem ökologischen Sünden der DDR zu überwinden half“, würdigte sie das LAU als fachliches Rückgrat ihres Ministeriums. Doch auch dieses Rückgrat war immer wieder Veränderungen unterworfen. Hatten vor 15 Jahren einmal 280 Mitarbeiter angefangen, alle Fachkompetenz des Landes für eine wirksame Umweltpolitik zu bündeln, wuchs die Mitarbeiterzahl durch die Übernahme anderer Ämter und

sank wieder durch die Abgabe der wasserrechtlichen Aufgaben an das Landesamt für Hochwasserschutz. Heute arbeiten 201 Fachleute nach dem 2001 erstellten Leitbild und bereiten sich auf eine neue Struktur vor, die ab April dieses Jahres gilt. „Bestehen wird, wer sich verändern kann“, betonte dann auch Präsident Dr. Udo Kamm, denn „die Entwicklung der Gesellschaft hat auch immer wieder Auswirkungen auf unser Amt.“ Geblieben und vor allem gewachsen sind die Aufgaben. Ob mit dem 1991 aufgebauten Luftüberwachungssystem, den 69 Bodendauerbeobachtungsflächen, dem Fließgewässerprogramm, der Roten Listen für gefährdete Tier- und Pflanzenarten oder der in diesem Jahr übernommenen Forstverwaltung, das LAU fungiert zunehmend als Mittler zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bevölkerung. Dabei verlagert sich der Schwerpunkt der Arbeit von der Nach- auf die Vorsorge, um eine Umweltpolitik zu betreiben, die der heutigen und künftigen Bevölkerung gerecht wird.